

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Es entsteht kein Vollzugaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
042 (432) – 651 09 – Ka 117/99

Bonn, den 6. Mai 1999

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Vorlage ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 737. Sitzung am 30. April 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Armenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Eriwan am 21. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Armenien schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Armenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Armenien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Armenien: Armenier im Sinne der Verfassung der Republik Armenien und des jeweils geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheits-

gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

- b) in bezug auf die Republik Armenien: juristische Personen und Unternehmen, die den Status einer juristischen Person besitzen, die der Gesetzgebung der Republik Armenien gemäß gegründet sind und sich im Hoheitsgebiet der Republik Armenien befinden.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die aufgrund dieses Artikels zu gewährende Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung,

Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann auch er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkom-

mens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Artikel 14

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien außer Kraft.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

Պ Ա Յ Մ Ա Ն Ա Գ Ի Ր

**Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության
և Տալանդանի Նահրապետության միջև կապիտալ
ներդրումների խրախուսմանն ու փոխադարձ պաշտպանության մասին**

Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետությունը

ու

Տալանդանի Նահրապետությունը,

կամենալով խորացնել երկու պետությունների փոխհարաբերակցությունը,

ազդելով բարենպաստ պայմաններ ստեղծել մի պետության քաղաքացիների կամ բնակչության ներքին կապիտալ ներդրումներ մյուս պետության տարածքում կատարելու համար,

գիշերակցելով, որ ազգ կապիտալ ներդրումների խրախուսմանն աջակցելն ու դրանով պայմանագրային պաշտպանությունը կարող են ստիպուցանել մասնավոր փոխհարաբերակցության հարմարեցումներն ու բազմապատկել երկու փոխպետությունների բարեկեցությունը,

պայմանագրվելիս ներառիչ լինելի մասին,

ՆՈՒՎԱՄՅՈՒՆ

Առյև Պայմանագրի կապուղիների համար

- 1 «Կապիտալ ներդրումներ» հասակագրությունն ընդգրկում է գույքային արժեքների բոլոր տեսակները, մասնավորապես
 - ա/ չստեղծված և անշարժ իրերի սեփականությունը, ինչպես նաև մյուս գույքային կապումները, ինչպես իր ներդրումներն իրավունքները և գումարական կապումները,
 - բ/ բնակչության ներքին մասներում նախ և մասնակցություն և մասնակցություն մյուս ԱՆԻՆԻ նկատմամբ կապումները,
 - գ/ փոխհարաբերակցության արժեքների ստեղծման համար սպասարկված դրամական միջոցների վերաբերյալ կամ փոխհարաբերակցության արժեք ունեցող ժառանգությունների վերաբերյալ ստեղծումների կապումները,
 - դ/ մասնավոր սեփականություն իրավունքները, ինչպես իր ներքին կապումները, ինչպես նաև մասնավորապես կողմնակցային իրավունքները պարտաւարձության փոխհարաբերակցության «Նորո հարուստ և չգրաւորված», գրանցված Ֆինանսների նախընտրելի, անվանումները, այդ թվում արժեքների նույնիսկ ու ստեղծված, սպասարկված գաղտնիքները,
 - ե/ իրավաստիցիոնարական կոնցեսիաները, ներդրումը բնական պաշարների կապիտալումն ու այդ թվում նախաձեռնումը,

գույքային արժեքների ներդրման փոխանցի փոփոխությունը չի շոշախում գրանցված կապությունը որպես կապիտալ ներդրում,
- 2. «Եկամտի տեսակներ» տեսակները նշանակում է կապիտալ ներդրման շնորհիվ որոշակի ժամանակահատվածում ստացվող գումարները, ինչպես նաև շահույթի մասը, գիվորիները, դոկուսները, լիզենզիային կամ այլ վարձատրություններ,
- 3. «Բաղադրագրիներ» գեղյիները նշանակում է,
 - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության նկատմամբ, գերմանացիներ Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության կամ նախան սթեղիներ համարագրություն
 - բ/ Տալանդանի Նահրապետության նկատմամբ, Տալանդանի Նահրապետության և գործող սթեղատրություն իրավաստիցիոնարական Տալանդանի Նահրապետության քաղաքացի աստիցիոնարային Ֆինանսներն անհրաժեշտ
- 4. «Ընկերություններ» տեսակները նշանակում է,
 - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության նկատմամբ, լիցենզիայով կապիտալում, կամ ստեղծված բնակչությանը, այլ բնակչությաններ կամ միավորումներ իրավաստիցիոնարական տեղի իրավունքով կամ առանց դրան Գերմանիայի Դաշնակցային Նահրապետության գործածքում գրանցվելու փոխում, անկան այն բանից դրանց գործունեությունն ուղղված է շահույթ ստանալուն և լիցի:

ՀՀ ԼԻ Պաշտանավորվող կողմի բողոքարկներ կամ շննդաբանություններ մասնա Պաշտանավորվող կողմի պատճառներով օգտվում են սույն հոդվածով կարգավորող հասցիների նկատմամբ ստեղծվող բողոքարկումն գործելիանություն:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 5

Պաշտանավորվող կողմերից յուրաքանչյուր մասնա Պաշտանավորվող կողմի բողոքարկներին կամ բնկերություններին կրողներին հարաբերակցում է կատարող ներդրումների հետ կապված վճարումների ազատ փոխանցում մասնավորապես՝

ա) կապիտալի և կապիտալ ներդրումների ծավալը ստանդարտները ըստ սակերայինների համար լրացուցիչ գումարների,

բ) նկատագրներին,

գ) փոխառությունների մասնուն համար վճարվող գումարներին,

դ) կապիտալ ներդրումների լրիվ կամ մասնակի վերազման կամ օգտյման դեպքում ուսուցանող հոստիցին,

ե) սույն Պաշտանավորվող 4-րդ հոդվածում նախատեսված փոփոխություններին:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 6

Երե Պաշտանավորվող կողմերից մեկը մասնա Պաշտանավորվող կողմի պատճառներով կապիտալ ներդրումն արտադրելի էինման վրա գումարներ է վճարում իր բողոքարկներին կամ բնկերություններին: Այդպիսի մասնա Պաշտանավորվող կողմը, արտել ստացին Պաշտանավորվող կողմի սույն Պաշտանավորվող 12 հոդվածից բնող կրողներները կապիտալ ներդրելի կամ գործարքի էինման վրա՝ Հանաչելու է այդ բողոքարկներին կամ շննդաբանությունների բողոք կրողներների ու ստանդարտներին հանձնումն արտաչին Պաշտանավորվող կողմին: Բնողի պատճառ, մասնա Պաշտանավորվող կողմը Հանաչում է արտաչին Պաշտանավորվող կողմին՝ այդ բողոք կրողներների կամ արտաչինների թանձնելում իրավունքներին/ գնելիմաներ, սրախիթ արտաչին Պաշտանավորվող կողմի կապիտալ է կրողներներին սույն ծավալով, ինչ կրողներները: Պաշտանավորվող հանձնելում կապիտալներին էինման վրա կրողներները վճարումների փոխանցումն նկատմամբ համարադրանակները գործում են սույն Պաշտանավորվող 4 հոդվածի 2 և 3 պարբերությունները ինչպես կան է հոդվածը:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 7

1/ 4 հոդվածի 2 կամ 3 պարբերություններում, ինչպես կան 5 կամ 6 հոդվածներում նշված վճարումների փոխանցումները կապիտալներում են անհատապ, բար րվում արտաչին գրքող կողմին:

2/ Այդ կողմը պարք է համապատասխանի կապիտալին կապիտալ այն բնող համարելվում կապիտալ, արտել միջազգային պատկերամանին Ֆունդը էինման կրողներ կամ արտաչիններին արտաչիններին միջազգային վճարումներին վերանայվողներին համար special drawing rights/ վճարումների արակառնելան արտելին:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 8

3/ Երե մի Պաշտանավորվող կողմի արտաչինություն կամ Պաշտանավորվող կողմերի միջև սույն Պաշտանավորվող կան փոփոխություն կամ ներդրումներ գրաչող միջազգային-իրավունան պարտավորություններից բնում է մի անդամներ կամ հարաչ գրաչող, բար րվում մասնա Պաշտանավորվող կողմի բողոքարկներին կամ բնկերություններին կապիտալ ներդրումները ստեղծվող բողոքարկները գործելիանությունից սրախիթ օգտվելն, բան նախաարքարվում է սույն Պաշտանավորվող, սպա սրաչիններ արտաչին արտելությունն արտելում սույն Պաշտանավորվող պարբերների նկատմամբ, չանել ար արտելի բողոքարկում է:

2/ Պաշտանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը ստանդարտներ է ստանել մի այդ պարտավորություններին, որ կան ստանձնել է մասնա Պաշտանավորվող կողմի բողոքարկներին կամ բնկերություններին կապիտալ, ներդրումներ նկատմամբ իր պարտաճրում:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 9

Սույն Պաշտանավորվող վերաբերում է կան այն կապիտալ ներդրումներին, արտել կրողներներին են մի Պաշտանավորվող կողմի բողոքարկներին կամ բնկերություններին մասնա Պաշտանավորվող կողմին արտաչինություններ համարադրանակներն նրա պարտաճրում գնումն միջև սույն Պաշտանավորվող թմին մեջ ներկելը:

ՆՈՐԻԱԿԱՆ 10

1/ Այն Պաշտանավորվող մեկնարկումն կամ կիրառման, ստեղծելով Պաշտանավորվող կողմերի միջև ծողում պարտաճրություններին, բար րվում պարտավորության պարք է հարաչվել կան Պաշտանավորվող կողմերի կապիտալներն ներկելի կողմին:

2/ Երե այդ կրողները արտաչինությունները չեն կապիտալ հարաչվել, սպա Պաշտանավորվող կողմերից մեկն արտաչինում այն հանձնելում է միջնարկաններ պարտաճրում:

35 Աիջնորդական դադարակիր ստեղծված է յուրաքանչյուր կանկրեթ դեպքի նստույթ, բնագիշտակ յուրաքանչյուր Պայմանավորվող կողմ նշանակում է միջնորդական դադարակիր ԵՆ, սակայն, ե Միջնորդական դադարակիր երկու ստեղծվածներ Միտոմե սրբանավորվում են կարգի պետություն թաղարկան թեկնացություն մասին, որին երկու Պայմանավորվող կողմեր կանավորվող եներո նշանակում են միջնորդական դադարակիր նուխագրան: Աիջնորդական դադարակիր ստեղծվողը պետք է նշանակվեն երկու ստեղծվող ընթացքում, իսկ միջնորդական դադարակիր նստույթները երեք ստեղծվող ընթացքում սկսած այն պահից, եր Պայմանավորվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանավորվող կողմը կհաղթի պարակարծությունը միջնորդական դադարակիր վճարին համաձայնությամբ:

47 Եթե սույն հոդվածի 3-րդ պարբերությունում նշված մասերից չպահպանվեն, ապա այդ պայմանավորվածությունը բացակայությունը պետք է Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը նստույթ է ստեղծվող նշանակում եներո կրեդիտացնելու կարգում պիմեն ԱՄՆ-ի միջնորդական դադարակիր նստույթներին: Եթե նստույթներ Պայմանավորվող կողմերից մեկի թաղարկություն ունի կամ մեկ ուրիշ սրբաձևը երան կանխարում է իրականացնելու այդ գործու նկատմամբ, ապա նշանակումները կկարգարի վիճակագրականը: Եթե վստահագրանք եր Պայմանավորվող կողմերից մեկի թաղարկությունն ունի կամ որևէ այդ պարագայում չի կարող նշանակումներ կարգարել, ապա նշանակումները կկարգարի է իջողգանին դադարակիր թաղարկանի կազմակերպի կազմար ստեղծվող կողմերից մեկի թաղարկությունը չունի:

5 Աիջնորդական դադարակիր վճար կարգարում է ձայների մեծամասնությամբ: Երան վճարները պարգարիք ուժ ունեն: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կրեմ է միջնորդական դադարակիր իչ նշանակված ստեղծվող գործունեություն, ինչպես նաև դադարակիր գործունեություն իր ներդրարարություններ կարգարում ծախսեր: Աիջնորդական դադարակիր նստույթների գործունեություններ կարգարում ծախսերի, ինչպես նաև մուս ծախսեր Պայմանավորվող կողմեր կրեմ են կախարարանք: Աիջնորդական դադարակիր կարող է ծախսերի կարգարվումն վերաբերող այդ որոշում ընդունելու Ս նախած թաղար կարգարում միջնորդական դադարակիր նշանակարարը որոշում է ինքնուրույն:

67 Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը կարգարող ներդրումների վերաբերող պարտություններ են այդ պետությունների թաղարկաների միջև վճարի կարգարումն 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են համախառնում, ապա դրանք կանվենցիայի 27 հոդվածի պարբերության դրոյթներու կազմի անկող, սույն հոդվածում ներառված միջնորդական դադարակիրի դիմելու կնքարողը է: Եթե մի Պայմանավորվող կողմի թաղարկություն կամ ընկերություն ե մյուս Պայմանավորվող կողմի միջև պայմանավորվածություն է Անք բեռվել Կոնվենցիայի 25 հոդվածին Կամպարատիումը: Երանում չի շարժվում Մուս կողմում միջնորդական դադարակիրի դիմելու կնքարվողությունը կիշող Կոնվենցիային Քողված 27/ համապարտասան գործող Աիջնորդական դադարակիր ԷՆ-ի շարքերու դեպում կամ պեներքի կամ շարժարի կիման վրա իրողները խիանագրու դեպում նույն Պայմանագրի 6 հոդվածի կամաձայն:

ՆՄԻՎԱՄ Ի

17 Աի Պայմանավորվող կողմի է մյուս Պայմանավորվող կողմի թաղարկություն կամ ընկերության միջև կապարող ներդրումների ստեղծությամբ լուրավորվածություններ, թաղարկարվումն պետք է կողմերը կարգարվեն միտոմեթ կամաձայնությամբ:

27 Եթե վճար չի կարող կարգարողի կողմերից մեկի այդ մասին կազարարելու սրտից սրված վեց ստեղծվող ընթացքում, ապա մյուս Պայմանավորվող կողմի թաղարկություն կամ ընկերության պահանջով սու կամաձայնում է միջնորդական դադարակիր վճարն: Եթե վիճարանություն յուրերը մեկ այդ համաձայնություն չեն գտել, ապա պետք է սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3-5 պարբերությունները կամարարարակարար կիրառել այն սրջանում, որ միջնորդական դադարակիր ստեղծվող նշանակումը վիճարանության կողմերն իրողություններն սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 2 պարբերությունը կամարարարակարար, ե որ կողմերից յուրաքանչյուրը սույն Պայմանագրի 15 հոդվածի 3 կարգարությունում նշված մասերը չպահպանելու ե այդ պայմանավորվածության բարակարողություն, վարարում կարող է դիմել Քողմերում Աիջնորդական ստեղծարարության կարգարվումն սրջանի միջնորդական դադարակիր նստույթներին խուրդով կարգարել ստեղծվող նշանակումները: Աիջնորդական դադարակիր որոշումը ի կարար է ստվում սրջանին սրինորությունը կամարարարակարար:

37 Աիջնորդական դադարակիրություն կամ միջնորդական դադարակիր որոշման կարգարումն ժողովների վիճարանությանը մասնակցող Պայմանավորվող կողմը որպես ստեղծություն չի կարող ներդրարունել այն փաստը, որ մյուս Պայմանավորվող կողմի թաղարկություն կամ ընկերությունը կրած վնասի համար մասնակցի կամ լրիվ փոխարարում է սրջան ստեղծվողությունը կիմու կրող:

47 Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը նաև կարգարող ներդրումների վերաբերող պարտություններին ե այդ պետությունների թաղարկաների միջև վճարի կարգարումն 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են գարգել, ապա Էհճարանություն կողմերի միջև ստեղծվող համաձայնությունները թաղարկության կողմում են ստեղծվող միտոմեթ կանվենցիայի շարժանկարմ գործող միջնորդական դադարակիր, բարարությանը այն դեպքերի, որում ներդրարումը վիճարանություն կողմերը այդ շարժանկարի մասին են պայմանավորվում: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը սու շրջով իր համաձայնությունն է պողիլու սրջանի կարգիլին:

ՆՈՂՎԱԽՅ 12

Սույն Պայմանագիրը գործում է ունկրելու առնչությամբ, քեի եղևրու Պայմանագրովույ կողմերի միջև դիվանագրական կամ կրուպարուտուրու նարարերությունե գայուրելու ունեև, բնույ:

ՆՈՂՎԱՄ 13

1/ Սույն Պայմանագրու կրուտուրու է վաղկուրուան, վաղկուրուերի վրիտուուուուու կրուտուրու կրուտուրույին չաու սեղմ վաղկուրուամ:

2/ Սույն Պայմանագրու ումի մեջ կրուրուի վաղկուրուերի վաղկուրուակուրուի կրուրու մեկ աղկու ունջ: Ա.Ն. գրուկրու է կրուտուրու գրուրու է: Եթև պայմանագրովույ կրուրուերից ու մեկու սույն Պայմանագրու կրուտուրու չեղևույ չկուրուրուարի էրու գրուծուդություն վաղկուրու կրուտուրու գրուտուրու գրուտուրու կրուտուրու սույն Պայմանագրու կրուտուրուայի ունուտուրուուուուու վաղկուրու:

3/ Միևնև սույն պայմանագրու գրուծուդություն գրուտուրուեղան պաղկուրուեղան կրուտուրուակուրու կրուտուրու ունեղու ունեղու կրուտուրուուրու 12 կուղկուրուեղան գրուտուրու ումի մեջ կրուտուրու Պայմանագրու գրուծուդությունեղու գրուտուրուեղան ուղկուրուեղան կրուտուրու թուու ուղկուրուեղան ընկուրուամ:

ՆՈՂՎԱՄ 14

Սույն Պայմանագրու ումի մեջ վրուկուրու ուղկուրու ուղկուրու գրուտուրուայի Մաղկուրուային Տուրուուրուությունև Տաղուրուային Տուրուուրուությունև մույն գրուտուրուու է գրուծու գրուտուրուայի Մաղկուրուային Տուրուուրուությունև է Մարիղային Միուրուան միջև 1959 թ. կուրուի 3-ի կաղկուրու ունեղուրու միջև վաղկուրու ուղկուրուու ու կրուտուրուուան մաղկուրու պայմանագրու:

Կրուվաղ է 1995 թ. վրուրուի դեկրեմբրու 21 -ին կրուտուրու թուրուուու. կրուրու բնարկուրու, յուրուրուանջուրու գրուտուրուեղան ու կուրուուուու. բնու ուղկուրու կրուրու ունեղուրու է կաղկուրուուրու է:

ԳԵՐՄԱՆԻԱՅԻ ԳԵՆԵՐԱԼՅԱՅԻՆ ՏԱՆՐԱՊԵՏԻԹԵՅԱՆ ԿՈՂԱՄԻՑ
Կրուկու
ՏԱՅՍԱՏԱՆԻ ՏԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹԵՅԱՆ ԿՈՂԱՄԻՑ
Պայմանագրու

ԱՐՁԱՆԵԱԳՐՈՒԹՅՈՒՆ

Կապիտոլ ներդրումների խթանումում ու փոխադարձ պաշտպանության մասին Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև պայմանագրի ստորագրելիս ներքաղաքացայ լիազորված կան պայմանավորվելը՝ Պայմանագրի բաղկացուցիչ մասը կառուցվածքի ներկայ դրությամբի շուտով:

11/ ՀՈՒՎՎԱՄ 1-ի համար

ա/ Կապիտոլ ներդրումից սրբարված շահույթը և այն կրկին ներդնելու դեպքում դրանից սրբարված շահույթները սզբարվում են կապիտալ ներդրումը կամուր կախանալովում հովուապ պաշտպանության նից:

բ/ Կապիտալ ներդրումը սրբարվու ալ կարգից սնկան Պայմանավորվուց կողմի բաղադրուցի, մասնավորապես, կամարվում է աճնն մի անձնավորություն, որն ունի կամուրապատանի Պայմանավորվուց կողմի իրավասու մասնիկների կողմից սրվում սզգաչին ունձնուցիլ:

12/ ՀՈՒՎՎԱՄ 2-ի համար

ա/ Մի Պայմանավորվուց կողմի սրնուդրուցուեր կամարուդրուիանը նրա սրուածքում մյուս Պայմանավորվուց կողմի բաղադրուցիների կամ բնկերուցուների կողմից կարսրվում կապիտալ ներդրումները սզգաչում են ալ Պայմանագրի վիակապար սրբարուանության նից:

բ/ Այսին Պայմանագրից գրածում է կան սրբարվուց սրնուդրուան գրու ու մայրամուրուցին ծանուդարի սրբարվում, սրբարվում միջազգային իրավունքը կամուրապատանի Պայմանավորվուց կողմին թուլլ է սալա ինքնիկան իրավունքներ կամ լիազրուցություններ իրավունքներ սլ սրբարվում:

13/ ՀՈՒՎՎԱՄ 3-ի համար

ա/ Կայն Պայմանագրի 3-րդ հուվածի 2-սրբարվու սլան իմուարվ սրու սզբարվում ու սզգաչում է համարել, մասնավորապես, բայց ոչ բաղադրուցու, կապիտալ ներդրումն դեկավուանն ու սրբարվում, ինչպես կան դրա կրուանումը և սզբարվումում: Այսին Պայմանագրի 3-րդ հուվածի իմուարվ սլան «սրբարվում սրնուդրուանը» սրբարվուց սլան է, մասնավորապես, սլան սրուեր մասնուսը կամ մի նուանուց կարգի, շնկարիայի ու մասնիկի, ինչպես կան սրբարվուցան միջուկների ու սրբարվուան կարգի թուլլ սրբարվում սրբարվում սրնուդրուանից սլան դեկավուան, սաղբեր մարքում, երկի ներում ու սրբարվում սրնուդրուանի վանուսի խուրուսումն դեկավուան, ինչպես կան կամանումն կարաներնուվ մյուս միջարուանումներ: Ի շան կուսարուանի սնկարուզարանն և կուսարուանի կողմի, մուրուցի սաուլությունը սրնուդրուան կամ բաղադրուանը Անուարվուց միջարվուց սլան Պայմանագրի 3-րդ հուվածի իմուարվ, սզգաչում բարնուրուց սրբարվուց սլան կամարվում:

բ/ Կայն Պայմանագրի 3-րդ հուվածի դրուանկար Պայմանավորվուց կողմին շան կարուավուցիլում կարուանի սրբարվում սլան, սզգաչումներ ու դեկավու սր սրանուարվում են կարուանի սրնուդրուանը կամարուանիան մյուսին կր սրբարվում բնկարի կամ գրանուցի Ֆիզիկանը անհանը կամ բնկարուցուների, սրբարվում մյուս Պայմանավորվուց կողմի սզգաչում բնկարի կամ գրանուցի Ֆիզիկանը կամ բնկարուցուան անհանը կամ բնկարուցուան կրու:

գ/ Պայմանավորվուց կողմից սզգաչին սրնուդրուանը շնկարուանի, բաղադրուանը կրաննն մի Պայմանավորվուց կողմի այն անհանը մյուրը գրանուցի և գրանուցի կարուանը, որնու կամարուանի ներուման կարուանը սրբարվում մարուլը են գու մյուս Պայմանավորվուց կողմի կարուանը, սլանը սրուար կարուանը կարուանը սրբարվում է կան մի Պայմանավորվուց կողմի սրբարուանը սլան մյուս սրնու կարուանը կարուանը սրբարվում է սալ մյուս Պայմանավորվուց կողմի սրբարվում և այնուց գրանուցի սրբարուանը սլան գրանուցի սրբարվում կամարուանը: Բարբարուանը կրաննն կան սրբարուանը լիազրուանը սզգաչում կարուանը:

14/ ՀՈՒՎՎԱՄ 4-ի համար

Փոխանարուցում սրնուդրուանը կամարուանը սրբարվում ունի կան այն դեկավուան, կրան սրբարուանն կր միջարուանումներով միջարուանում է կապիտալ ներդրումն սրբարվում կամարուանը ձեռնուդրուանը ու սրանով կակ է սլան սրնուդրուանը վնաս հուանումն նրան:

15/ ՀՈՒՎՎԱՄ 7-ի համար

Փոխանարուցում սլան Պայմանագրի 7 հուվածի սուուցին սրբարուանը իմուարվ սրնուդրուանը կարուանում է կամարվում այն դեկավուան, կրան կարուանում է սլան մասնկարի սրնուդրուանում, որը սրբարուանը սրնուդրուանում է փոխանարուանի կրանուդրուանը Անուարվումները սզգաչում կամարուանը մասնկար սրվում է կամարուանում կարուանը ներարուանը սզգաչում և ոչ մի սրբարուանում չի կարուց սրբարուանը կրան սլան մասնկար:

ՅԾ7 Կառուցելու ներդրման կառավարությանը բեռների և մարդկանց փոխադրման մեղմանակ Պաշտանավորվող կողմնակող ոչ մեկը չի ստեղծել և չի կառուցել մյուս Պաշտանավորվող կողմի պրոնապորտային ձեռնարկություններին կառավարող պրոնապորտային գործողություններ և անհրաժեշտության դեպքում այդ փոխադրումները կառավարող թույլտվության կառուցելու Նիշույ փոխադրումներին չեն վերաբերվում:

ստանյն Պաշտանակարի խնամքով ունիլթականերն յուսկիտույ ներդրումների կառուցող նախադրեմում բեռների կամ Պաշտանավորվող կողմերից մեկի կամ կարող պետության պարաձրած որևէ ձեռնարկության կողմից կամ որևէ ձեռնարկության պատկերով ձեռք բերվող բեռների փոխադրումները, որոնցում սույն Պաշտանակարի խնամքով, գույրային ստեղծելներ են ներդրված:

Ի՛նչպիսիք անհունց փոխադրումները, որոնք կառուցողի ներդրման կառավարությանը գործողության մեջ են գործվում:

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 27 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից: Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 27 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից:

ԳԵՐՄԱՆԻԱՆԻ ԴԱՆՆԱԿԱՅԻՆՆԵՆ ՏԱՆՐԱԿԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՐԷՄԻՆՑ
Կնքված է

ՏՈՒՆԻՍԻԱՆԻ ՏԱՆՐԱԿԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՐԷՄԻՆՑ
Փոստիտյուն

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Ein Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Armenien entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach darf der jeweilige ausländische Investor nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten. Der Grundsatz gilt nicht für die Vornahme von Investitionen, vielmehr erst nach Vornahme der betreffenden Kapitalanlage. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung sowie den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden. Sie ist bis zur Zahlung zu verzinsen und muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 4 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach werden die Konvertierung in Devisen sowie der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage sowie der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen gewährleistet.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs entsprechen, der sich aus der

Umrechnung der jeweiligen Währungen in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist zwei Monate nicht überschreiten.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Kann eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf eine Kapitalanlage nicht binnen einer Frist von sechs Monaten durch gütliche Bemühungen beider Seiten beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein nach den in

Artikel 10 festgelegten Regeln zu bildendes ad hoc-Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zu Artikel 14

Mit Inkrafttreten des Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zu Armenien außer Kraft.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

